

# Wo kann und soll Kiel sparen?

**Kiel** – Nach dem von OB Torsten Albig verordneten Sparkurs ringen die sechs Fraktionen im Kieler Rathaus um die Frage, ob und wo gekürzt werden kann. **StadtRegionalBahn, Wirtschaftsdezernat, Flughafen** stehen für einige auf der Streichliste. Seite 22

# Wo soll Kiel denn sparen?

Fraktionen warten auf Vorschläge der Verwaltung – Tauziehen um Flughafen, **StadtRegionalBahn** und Dezernat

**Kiel – Mit Blick auf die Haushaltslücke von 75 Millionen Euro hat OB Torsten Albig (SPD) der Verwaltung einen strengen Sparkurs verordnet. So sollen die Ausgabenansätze für 2011 um 24 Millionen Euro gedrückt werden. Jetzt ist die Politik am Zug: Worauf sollte Kiel verzichten, was auf jeden Fall beibehalten, hat unsere Zeitung die Ratsfraktionen gefragt.**

**Die SPD** (19 Sitze) versichert dem OB ihre volle Rückendeckung. Zwar könne keine Stadt gegen die Folgen der Krise ansparen, aber man könne das Defizit begrenzen und einen unkontrollierten Schuldenanstieg verhindern, betonte Fraktionsvorsitzende



Linke, Grüne und FDP wollen das Aus für den Flughafen wegen der jährlichen 1,3 Millionen Euro Subventionen. Bei einer Schließung drohen jedoch Kosten von etwa 8,2 Millionen Euro.

Gesa Langfeldt. Spielräume für Einsparungen sieht die SPD vor allem bei großen Ausgabenblöcken. Es sei Aufgabe der Verwaltung, vorzuschlagen, wie die Abläufe rund um die Sozialkosten verbessert werden könnten – als Grundlage für politische Entscheidungen im Herbst. Eine Stadt, hält sie fest, muss finanzieren können, was gebraucht wird: Feuerwehr,

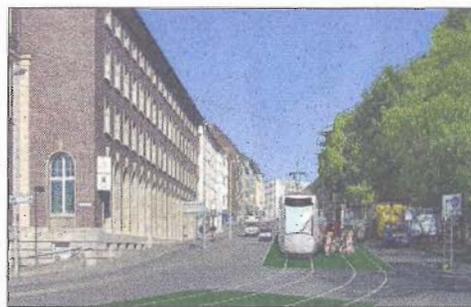
Schulen, Straßen, Theater usw. Konkrete Projekte, auf die man mangels Geld verzichten muss, nennt die Sozialdemokratin nicht, verspricht aber: „In Kiel werden wir sparsam und wirtschaftlich nur die Projekte verwirklichen, die sich rechnen.“ Die Marschrichtung sei aber klar: Der Bereich Bildung habe Vorrang. Die Sanierung von Winterschäden auf den Straßen müsse leider warten.

**Die Grünen** (10 Sitze), Kooperationspartner in der Dänenampel mit SPD und SSW, stehen erwartungsgemäß ebenfalls hinter dem Sparkurs des Oberbürgermeisters. Doch noch sei es zu früh, von der Politik eigene Sparvorschläge zu erwarten: „Zunächst muss die Verwaltung auf die Budgetvorgaben des OB reagieren“, erklärte Fraktionschef Lutz Oschmann. Seine Fraktion hat einen Fahrplan festgelegt. Danach will das Gremium nach intensiven Beratungen und Dialog mit betroffenen Institutionen im Herbst rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen ein Konzept zur Umsetzung vorlegen. Klar sei Oschmann, nur, weiterhin jeden Cent in die Bildung stecken wollen und aktiven Klimaschutz betreiben müssen.“ Eindeutig ist zudem aus Sicht der Grünen, worauf die Stadt verzichten sollte: auf den Flughafen und einen neuen Konzertsaal.

**Die CDU** (17 Sitze) fühlt sich durch die OB-Vorgaben an

den von ihr unterstützten Eckwertebeschluss erinnert. Seine Fraktion, so Vorsitzender Stefan Kruber, habe damals schmerzhaft Einschnit-

den von ihr unterstützten Eckwertebeschluss erinnert. Seine Fraktion, so Vorsitzender Stefan Kruber, habe damals schmerzhaft Einschnit-



**An der StadtRegionalBahn scheiden sich die Geister: Vor allem Grüne und Linke halten die Bahn für ein ökologisch und ökonomisch wichtiges Projekt.** Fotos fpr/JKK/Archiv

te wie Sporthallengebühren nicht gescheut, während Rot-Grün alles wieder einkassiert und sich um Sparvorschläge gedrückt habe. Alle Bereiche müssten jetzt ohne Tabus auf den Prüfstand gestellt werden. Aus Sicht der CDU könnte die Stadt sich Luft verschaffen durch Optimierung von Verwaltungsstrukturen, Wegfall von Doppelfunktionen im Bereich von Beratungen und „mittel- bis langfristig beim Personal“. Auf der Streichliste der CDU stehen das neue Wirtschaftsdezernat, die StadtRegionalbahn, „Luxusinvestitionen“ wie Künstleratelierhaus und Orchideenwiesen. Die Stadt müsse dagegen an allem festhalten, was die Wirtschaft, Standortstärkung, Ausstattung der Schulen und Verkehrsinfrastruktur verbessern helfe.

**Die FDP** (vier Sitze) erwartet von den städtischen Fachleuten die Antwort auf die Frage, wo 24 Millionen Euro eingespart werden könnten. Erst danach sei eine Rückkopplung mit der Politik möglich,

erklärt Fraktionschef Helmut Landsiedel. Er erinnert daran, dass die FDP immer wieder Sparforderungen aufgestellt hat: **Stopp für das 400-Millionen-Euro-Projekt – Stadt-RegionalBahn, Senkung des Zuschussbedarfs für den Flughafen „im Idealfall auf Null“, Kürzungen beim Beauftragtenwesen und Fraktionszuwendungen und Nein zu Orchideenwiesen.** An Investitionen in Bildung und Sport will die Fraktion

dagegen nicht rütteln. Um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, seien Ausgaben für die Wirtschaftsförderung nicht anzutasten, um die Standortqualität zu verbessern.

**Die Linke** (vier Sitze) sagt generell Nein zu Einsparungen im Sozialbereich: Diese seien nicht sinnvoll, begründet Fraktionschef Florian Jansen und wiederholt die Forderung nach einem Abschied vom Flughafen. „Generell halten wir es aber für den falschen Weg, noch weiter als bisher an der Ausgaben-schraube zu drehen.“ Stattdessen setzt die Fraktion auf mehr Einnahmen zum Beispiel durch eine Erhöhung der Spielgerätesteuern und Einführung eines Kultureuros, deren Übernachtungstouristen zahlen sollten. Grundsätzlich

seien aber Bund und Länder gefordert, da sie „den Kommunen seit Jahren immer mehr Aufgaben übertragen, aber gleichzeitig das Geld entziehen“, sagt Jansen. Auch wenn eine StadtRegionalBahn nicht „absolut notwendig“ ist, sollte das Großprojekt auf keinen Fall gestoppt werden – aus ökologischen wie ökonomischen Gründen.

**Die direkte Demokratie** (zwei Sitze) nimmt vor allem den Bund in die Pflicht für die Unterfinanzierung der Kommunen. Einsparungen sind in ihren Augen nur noch durch Synergien möglich. Diese aufzuspüren, sei Aufgabe der Verwaltungsspitze, die die Abläufe im Detail kenne. Fraktionschefin Ingrid Zimmermann hält die Streichung von Aufgaben bei der Daseinsvorsorge und Infrastruktur nicht mehr für verantwortbar. Im Gegenteil: In diesen Bereichen sollte die Stadt draufsateln, die Straßen „erst recht nach diesem Winter“ sanieren und die Bedingungen der Sozialarbeit vor dem Hinter-



Das 17 Millionen Euro teure Zentralbad stellt keine Fraktion in Frage. Um Katzhöhe und die Lessinghalle (Foto) zu sanieren, wäre wesentlich mehr Geld nötig, sagt auch die Verwaltung.

grund wachsender Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit verbessern. Das neue Dezernat hätte sich Kiel jedoch sparen können. mad